

PRESSEMITTEILUNG

Nürnberg, den 14. September 2009

Pressekonferenz zum Auftakt der Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme! Kommunales Wahlrecht für Alle!“

Breites gesellschaftliches Bündnis fordert kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger

Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Vertretern von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, dem Bayerischen Jugendring und zahlreichen Migrantenorganisationen hat am heutigen Montag im Rahmen einer Pressekonferenz in Nürnberg die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Drittstaatsangehörige eingefordert. Unter dem Slogan „Demokratie braucht JEDE Stimme! Kommunales Wahlrecht für Alle!“ startete das Bündnis aus 19 Kooperationspartnern die bayernweite Kampagne, die parallel zu Kampagnen in anderen Bundesländern auf Öffentlichkeit und Politik einwirken und auf die notwendige Grundgesetzänderung hinwirken will.

„Die Diskriminierung muss aufhören, dass Dreiklassenwahlrecht kann nicht länger hingenommen werden“, so Mitra Sharifi, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) und Initiatorin der bayerischen Kampagne. Auf kommunaler Ebene dürfen in Deutschland neben den deutschen Staatsbürgern inzwischen auch EU-Staatsangehörige wählen, nicht jedoch sogenannte Drittstaatsangehörige, also Einwohner, die aus einem Land außerhalb der Europäischen Union kommen. „Bedenkt man, dass diese Bürgerinnen und Bürger genau wie die anderen zum ökonomisch, kulturellen und sozialen Wohl ihrer Gemeinden beitragen und bei allen Abgaben und kommunalen Pflichten anderen Bewohnern gleichgestellt sind, wird klar, warum dieser Umstand nicht mehr haltbar ist“, so Sharifi. Kommunen würden zu Recht als Orte der Integration bezeichnet, eine Identifikation mit dem unmittelbaren Lebensumfeld und eine aktive Bürgerschaftsrolle seien wichtige Voraussetzungen hierfür.

Ludwig Markert, Präsident des Diakonischen Werks Bayern und Kooperationspartner der Kampagne, sieht in dem fehlenden kommunalen Wahlrecht für Drittstaater „ein Instrument der Ausgrenzung“, dass viele Maßnahmen zur Integrationsförderung seitens des Staates, aber auch der Verbände konterkariere. Darüber hinaus sei es „zutiefst undemokratisch“. Indem ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von der politischen Willensbildung ausgeschlossen bleibe, müsse man sich fragen, so Markert, „inwiefern Gremien, die nur durch maximal vier Fünftel all derer, die sie repräsentieren, gewählt wurden, überhaupt legitimiert sind“.

Ohne Kommunalwahlrecht, so Christof Bär, zweiter Präsident des Bayerischen Jugendrings, fehle eine entscheidende politische Partizipationsmöglichkeit gerade auch für junge Migrantinnen und Migranten. Wer keine eigene Stimme hat, „kommt im Programatischen der Parteien und der Politik auch nicht vor“.

Allein in Nürnberg, stellt Diana Liberova, stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirats Nürnberg fest, sind rund 50.000 Menschen vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen. Jeder 10. Mitbürger kann also nicht über die Belange in seinem unmittelbaren sozialen Umfeld oder seinem Wohnumfeld, wie etwas dem Straßenbau vor dem Haus oder der Sanierung der Schule des eigenen Kindes, mitbestimmen. Das Wahlrecht für Frauen, so Liberova, wurde erst vor 90 Jahren in Deutschland eingeführt, das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger in Bayern vor 13 Jahren, „jetzt ist es an der Zeit, den nächsten Schritt zu gehen“.

Die Pressekonferenz zum Auftakt der Kampagne stand unter der Schirmherrschaft des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly, der die Kampagne neben weiteren prominenten Politikern als Erstunterzeichner unterstützt.

Die online-Unterzeichnerliste sowie nähere Informationen zur Kampagne finden Sie unter: www.demokratie.agaby.de

Kontakt:

Mitra Sharifi

Vorsitzende der AGABY

Tel.: 0171 / 4175862